



Nicht Schacht KONRAD sondern die Rechte der Betroffenen geprüft.

Klagen abgewiesen ...

Am Mittwoch, dem 8. März hat das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg die 5 Klagen gegen das Atommüllendlager Schacht KONRAD in Salzgitter abgewiesen und die Revision nicht zugelassen. „Erstmals habe ein Gericht über ein Atommüllendlager entschieden“, war daraufhin in Medien zu lesen.

Wer dem Prozess beigewohnt hat, und das waren aus der betroffenen Region immerhin so viele Menschen, dass das Gericht die Verhandlung mit Lautsprecher in den Vorraum übertragen musste, der weiß, dass das Gericht eben nicht über KONRAD entschieden hat. Es hat sich im wesentlichen mit der Frage beschäftigt, ob Betroffene überhaupt irgendwelche Rechte gelten machen können und ist unisono mit dem beklagten Land zu dem Ergebnis gekommen, dass das nicht der Fall sei. Der Kläger Traube, so die Anwältin des Landes Niedersachsen, Frau Dr. Rüping, müsse schon den Nachweis führen, dass er durch den Betrieb des Endlagers einer Strahlung ausgesetzt sei, die die gesetzlichen Grenzwerte übersteigt. Für alles andere sei er nicht zuständig. Zwar sei die Behörde verpflichtet, auch unterhalb der Grenzwerte die Strahlenbelastung zu minimieren, aber einklagen könne man das als Betroffene/r natürlich nicht.

Das atomrechtliche Planfeststellungsverfahren ist nach Auffassung des Gerichtes auch eigentlich gar kein Planfeststellungsverfahren, wie man es etwa aus den Kommunen kennt, nein, es ist

eigentlich ein „gebundenes“ Genehmigungsverfahren, eine Rechtfertigung einer bestimmten Entscheidung nach Abwägung von Alternativen mithin gar nicht erforderlich. Und überhaupt: Die Rechtfertigung für KONRAD ergibt sich doch ganz einfach dadurch, dass es Atommüll gibt.

Ein Mangel bestehe auch nicht darin, dass alternative Standorte nicht umfassend und vergleichend untersucht worden sind, heißt es in der Urteilsbegründung, ein derartiges Standortsuchverfahren sei gesetzlich nicht vorgesehen. Im übrigen seien für die Kläger rechtliche erhebliche Nachteile nicht verbunden, denn die Prüfung der Planfeststellungsbehörde habe ja ergeben, dass der Standort geeignet sei. Und so weiter.

„Natürlich hofft man Recht zu bekommen, wenn man zum Gericht geht und wir sind mit guten Argumenten nach Lüneburg gegangen, aber wir haben dann sehr schnell gemerkt, wie der Hase läuft“, kommentiert Kläger Walter Traube das Urteil.

Es sei schon schwer verständlich, wenn man als nächster Nachbar des geplanten Atommüllendlagers weniger Rechte haben soll, als bei irgendeiner beliebigen kommunalen Baumaßnahmen. Und: „Nach den Erfahrungen mit der ASSE II, wo die Sicherheitsvorhersagen nicht mal 20 Jahre Bestand hatten, kann man doch heute nicht einfach sagen Es gibt keinen „Nachweltschutz“. Das heißt doch soviel wie: Nach uns die Sintflut.“

Revision und mehr.

Alle 5 Kläger gehen bisher davon aus, beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Revision einzulegen, wollen sich aber zunächst mit ihren AnwältInnen beraten, wenn die Urteilsbegründung vorliegt. Das Gericht selbst hat die Revision zwar nicht zugelassen, diese kann aber durch eine sog. „Nichtzulassungsbeschwerde“ erreicht werden.

In den Kommunen haben dann die kommunalen Gremien das letzte Wort. Schließlich geht es hier - ebenso wie bei der Klage der Familie Traube - auch um Geld. Für die 1. Instanz der Klage Traube hatte ein eigens eingerichteter Rechtshilfefonds rund 150.000,-€ durch Spenden aufgebracht. Zwar verfügt der Fonds noch über



Reserven, aber zur Absicherung der Revision werden weitere Spenden nötig sein.

Die Anwältin der Familie Traube hatte zudem bereits während des Gerichtstermins darauf hingewiesen, dass sie eine Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen durch das Bundesverfassungsgericht für notwendig erachtet. Rechtsanwalt Geulen hatte für die Stadt Salzgitter gar den Gang zum Europäischen Gerichtshof in Betracht gezogen, weil die deutsche Rechtsprechung der europäischen

Rechtsentwicklung zuwiderlaufe. Während die Kläger für den Gang zum Bundesverwaltungsgericht ca. 1 Jahr rechnen, sind weitere Rechtsschritte zeitlich nur schwer zu kalkulieren.

Davon unbenommen gehen sie davon aus, dass der Bund sich an die Zusage hält, eine Inbetriebnahme von KONRAD erst dann in Erwägung zu ziehen, wenn über den Planfeststellungsbescheid letztinstanzlich entschieden ist. Es könnte also doch noch etwas länger dauern, als der Niedersächsische Umweltminister Sander hofft.

Während man auf eine juristische Bewertung, noch einige Wochen warten müssen, ist für die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. eines klar: Neben den Gerichten ist jetzt vor allem die Politik gefragt: „Die Politik hat uns zum Gericht geschickt und gesagt: Lasst doch den Planfeststellungsbescheid einfach mal prüfen, solange werden wir KONRAD auch nicht in Betrieb nehmen. Also gehen wir zum Gericht und das überprüft dann nicht den Planfeststellungsbeschluss, sondern uns und sagt uns, dass wir in den wesentlichen Fragen überhaupt keine Rechte haben.“

Mehrfach wird sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel im März der Auseinandersetzung um KONRAD vor Ort in Salzgitter stellen. „Wir hoffen dass er dann das Atommüllkonzept vorlegt, dass er und vor ihm schon Jürgen Trittin versprochen hat und dass er gar nicht erst versucht, sich hinter einem Gerichtsurteil zu verstecken, dass den Gefahren des Atommülls in keiner Weise Rechnung trägt.“

Peter Dickel
dickel@ag-schacht-konrad.de

Inhalt

- S. 1 Schacht Konrad
- S. 2 Ermittlungsgruppe Castor
Noch 48 Castoren nach Gorleben
- S. 3 Thomauske im Atommüll-Filz
BGS darf nicht abkassieren
- S. 4 Castor-Doku
Castor in Göttingen
Majak - Nuklearer Wahnsinn
- S. 6 Französischer Atommüll
- S. 7 Pfuscher am AKW BAU
Anti-Atom-Alarm in Ostfriesland
Tschernobyl
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebänden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagersgesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elftehalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei

Ermittlungsgruppe Castor auflösen!

Diskriminierende, überflüssige und teure Polizeiermittler gegen Atomkraftgegner

Nach der Veröffentlichung von Zahlenmaterial der niedersächsischen Landesregierung über Ermittlungsverfahren mit Straftatbeständen gegen bei Castortransporten nach Gorleben protestierende Bürger, fordert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg (BI) die Auflösung der Ermittlungsgruppe Castor (EG Castor). Die Existenz einer speziell gegen Atomkraftkritiker erdachten Sonderermittlungsgruppe ist diskriminierend, überflüssig und teuer.

Aus der Antwort der niedersächsischen Landesregierung auf eine Anfrage der Abgeordneten Briese und Lennartz (Grüne) geht hervor, dass es bei 8 Castortransporten nach Gorleben zwischen 1995 und 2004 zu insgesamt 3600 Verfahren kam. Darin enthalten im Zeitraum 2001 bis 2004 rund 2640 nachträgliche Feststellungsverfahren wegen Freiheitsentziehungen vor Gerichten mit 2248 Betroffenen, und 96 Klagen und Eilanträge vor dem Verwaltungsgericht.

Es fanden 933 strafrechtliche Anfangsermittlungen mit 1308 Tatverdächtigen statt. Davon war offensichtlich ein Teil ergebnislos verlaufen oder nicht haltbar. Es wurden 827 strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet, darunter

53 gegen Polizeibeamte. 774 Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Von den lediglich 67 Übrigbleibenden wurden 40 als Geldbuße wegen Ordnungswidrigkeiten, oder Geldstrafe wegen geringem Unrecht erledigt. Außerdem gab es laut Bericht der Landesregierung 5 Freisprüche, 6 Erledigungen im Jugendstrafverfahren und eine Freiheitsstrafe. 10 Verfahren gegen Polizeibeamte sind noch anhängig.

Zahlen zum letzten Castortransport nach Gorleben konnte die Landesregierung nicht vorweisen.

Die verschwindend geringe Zahl an übrig gebliebenen tatsächlichen Strafurteilen zeigt drastisch Diskriminierungs- und Kriminalisierungsversuche gegen protestierende Atomkraftkritiker auf. Die regelmäßig im Vorfeld der Castortransporte erstellten „Gefahrenprognosen“, mit denen Versammlungsverbotzonen von 70 km Länge und bis zu 1 km Breite durchgesetzt werden, sind durch die tatsächlichen Zahlen anschaulich ad absurdum geführt. Ein weiterer Einsatz der EG Castor, der Sonderermittler gegen Atomkraftgegner, kann in einem demokratisch organisierten Gemeinwesen nur als skandalös bezeichnet werden. Die EG Castor gehört aufgelöst.

Francis Althoff

Noch 48 Castoren nach Gorleben

Nächster Gorlebener Polizeiaufmarsch trotz WM in diesem Jahr?

Nach Informationen der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg e.V. (BI) sollen bis zum Jahr 2010 noch fünf weitere Castortransporte mit insgesamt 48 Behältern aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague nach Gorleben rollen.

Die Betreiberin der französischen Plutoniumfabrik, COGEMA, plane in den Jahren 2006 bis 2008 weitere Glaskokillentransporte mit jeweils 12 Castoren pro Jahr. 2009 und 2010 wolle man noch jeweils 6 Castoren nach Gorleben verfrachten. Insgesamt wären dann im umstrittenen Gorlebener Zwischenlager 111 Castoren mit hochradioaktiven Glaskokillen aus dem Zeitraum 1996 bis 2010 abgestellt. Die genauen Transportpläne aus der britischen Skandalanlage Sellafield nach Gorleben bleiben unklar, da zunächst noch ein Behältertyp genehmigt werden muss.

Auf die Forderung des niedersächsischen Innenministers Schünemann, die Transporte wegen zu vieler Überstunden der Polizeibeamten bei der Fußballweltmeisterschaft auszusetzen, hat Bundesumweltminister Gabriel gegenüber der HAZ (03.02.06) eher spöttisch reagiert: „So weit ich weiß, sind die Castortransporte immer im ungemütlichen November, die WM hingegen im Sommer.“ Als niedersächsischer Ministerpräsident hatte Gabriel noch mit der gleichen Begründung wegen der Expo in Hannover Castortransporte im Jahr 2000 verhindert, obwohl die Expo bereits im Oktober endete.

Die wendländische BI kündigt gegen die weiteren Transporte fantasievollen und entschlossenen Widerstand an. „Die Castorentransporte in die oberirdische Halle in Gorleben sind sinnlos, gefährlich und wegen der begleitenden polizeilichen Umstände grundrechtsgefährdend“,

erklärt der BI-Sprecher. Jeder in Gorleben abgestellte Behälter hat wegen der enormen Hitzeentwicklung seines hochradioaktiven Inventars die Genehmigung bekommen, im Zwischenlager über 40 Jahre zu verbleiben, um die Temperatur etwas abzumildern.

Danach soll der strahlende und stark wärmeentwickelnde Atommüll in ein unterirdisches Endlager verbracht werden. „Das Gorlebener Salzvorkommen ist seit den frühen Achtziger Jahren als ungeeignet bekannt, da wegen des darüber liegenden löchrigen Deckgebirges über Wasserpfade nicht verhindert werden kann, dass die radioaktiven Isotope in die Biosphäre gelangen“, mahnt der BI-Sprecher. „Gorleben darf nicht mit polizeilicher Gewalt zum Atomklo gemacht werden, weil die Wasserspülung nach oben verläuft“.

Der von der ehemaligen Bundesregierung eingesetzte Expertenkreis Arbeitskreis Endlagersuche (AKEnd) hat in seiner Abschlussstudie 2002 empfohlen, dass hochradioaktiver Atommüll aufgrund der extrem hohen Halbwertszeiten für mindestens eine Million Jahre sicher vor der Lebensumgebung abgeschirmt werden müsse. Der immer noch über die Gorlebener Endlagerbaustelle verhängte Baustopp (Moratorium) muss nach Meinung der BI deshalb endlich konsequent in eine Schließung umgewandelt werden. „Die Bundesregierung soll endlich aufhören, die Illusion einer möglichen sicheren Atommüllentsorgung zu verbreiten und als einziges „Argument“ demokratiefeindliche Polizeiaufmärsche gegen die sich zurecht wehrende Bevölkerung aufzubieten“, fasst der BI-Sprecher zusammen.

Francis Althoff

Aufruf zu finanziellen Unterstützung für 2 Atomkraftgegner aus Dahlenburg

Diese 2 Aktivisten wurden jetzt zu mehreren tausend Euro Geldstrafe verurteilt. Sie sollen vor acht Jahren die Gleisanlagen auf der Bahnstrecke Bergedorf-Geesthacht beschädigt haben, um einen Castor-Transport aus dem AKW Krümmel zu behindern. Der Tatvorwurf ist ein Konstrukt der Bundesanwaltschaft, die im Zusammenhang mit Hakenkrallen-Anschlägen gegen die Deutsche Bahn AG 1996/97 bundesweit Telefone von Atomkraftgegnern abhörte und Hausdurchsuchungen durchführte. Aus den über zwei Jahre mitgeschnittenen Telefon-Gesprächen wurde dann ein Tathergang konstruiert, der zwar nicht zu beweisen ist, aber für Staatsanwaltschaft und Gericht für eine Verurteilung wegen „Gefährlichen Eingriff in den Schienenverkehr“ ausreichte.

CastorGruppe Dahlenburg, Spendenkonto: G. Schmischke, Stichwort „Krümmel“, Ktonr. 7148893 Sparkasse Lüneburg BLZ 24050110

Thomauske im Atommüll-Filz

BI fordert Genehmigungsverfahren für
Atomanlagen neu zu überprüfen

Ausgerechnet der Geschäftsführer des Atomkonzerns Vattenfall, Bruno Thomauske, forderte bei der Inbetriebnahme des neuen Atommüllzwischenlagers am AKW Brunsbüttel, die „Erkundungen im Gorlebener Salzstock sollten wieder zügig fortgesetzt und das Genehmigungsverfahren zum Abschluss gebracht werden“. An Thomauske lässt sich drastisch die Verfilzung von Atomindustrie und Genehmigungsbehörden aufzeigen.



Seine Karriere begann 1983 beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Dort war er zunächst im Bereich des Strahlenschutzes auf dem Gebiet der Endlagerung radioaktiver Abfälle tätig. 1988 wurde er beim BfS Leiter des Projekts Gorleben. Von 1991 bis 1997 leitete er die Abteilung Projektmanagement für Endlager-

projekte und ab 1999 die Abteilung Endlagerprojekte/Betrieb. Nachdem Bruno Thomauske beim BfS sieben neue dezentrale Atommüllzwischenlager an AKW-Standorten genehmigte, wechselte er im Jahr 2003 zum Atomstromkonzern Vattenfall.

Bruno Thomauske feiert also in Brunsbüttel, inzwischen von der Betreiberseite bezahlt, sein selbst genehmigtes Zwischenlager. Sieben neue Zwischenlager, die keine Lösung des Atommüllproblems darstellen, hat er unter seiner Ägide zu verantworten. Zig Tausende Einwände der Bevölkerung gegen die Zwischenlager hatte er noch als Leiter der Delegation der Antragsteller bei den Anhörungsverfahren aus dem Wind geschlagen. Egal welche Einwände die Bevölkerung vortrug, über unzureichenden

Schutz gegen Flugzeugabstürze, keine Filter in den Lüftungsschlitzen, oder kein definierter Zeitpunkt, an dem der abgestellte Atommüll weggebracht werden soll, die Anhörungsverfahren gerieten zur Farce, weil Thomauske ja trotzdem genehmigte. Unter anderem mit der Begründung, dass Sicherheitseinrichtungen den AKW-Betreibern aus Kostengründen nicht zumutbar seien.

Es darf nicht sein, dass sich bei der offensichtlichen Interessenverfilzung, ausgerechnet derjenige in der Öffentlichkeit unverschämte Forderungen stellt, der schon seit 1983 beim BfS seinen Alleingang zur Durchsetzung des Endlagerprojekts Gorleben startete. Bruno Thomauske ist jetzt technischer Geschäftsführer der Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH (VENE), die zusammen mit der E.ON Kernkraft GmbH an den Kernkraftwerken Krümmel, Brunsbüttel, Brokdorf und dem stillgelegten AKW Stade beteiligt ist. Alleinvertretungsberechtigte Gesellschafterin bei den Kernkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel ist die VENE, bei der Thomauske auch die Strahlenschutzverantwortung inne hat.

Als ehemaliger Verfahrensführer für die Planfeststellungsverfahren Konrad und Gorleben, bergrechtlich verantwortliche Person für das Erkundungsbergwerk Gorleben sowie die atom- und bergrechtlich verantwortliche Person für das marode Endlager Morsleben, ist Thomauske von einem Atomkonzern „aufgekauft“ worden. Das Interesse Vattenfalls an Thomauske zeigt, in welche nicht als neutral zu bezeichnende Richtung seine Vorgehensweise als Behördenleiter ging. Sämtliche unter Thomauskes jahrelanger Federführung erteilten Genehmigungen sollten deshalb schnellstens neutral und öffentlich nachvollziehbar überprüft werden!

Francis Althoff

BGS darf nicht abkassieren

Oberverwaltungsgericht in Schleswig erklärt Kostenforderungen
des BGS gegenüber Demonstranten für unrechtmäßig

Der Bundesgrenzschutz, neuerdings Bundespolizei genannt, ist erneut vor Gericht mit dem Versuch gescheitert, DemonstrantInnen die Kosten für seine Einsätze in Rechnung zu stellen. Das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht bestätigte ein entsprechendes Urteil der Vorinstanz.

Das Grenzschutzpräsidium Nord hatte sieben AktivistInnen, die sich an verschiedenen Anketaktionen gegen CASTOR-Transporte beteiligt hatten, Leistungsbescheide geschickt. Darin hatte der BGS Kosten für Personal, Fahrzeuge und eingesetzte Geräte in Rechnung gestellt, die angeblich nötig waren, um die Zugstrecken wieder frei zu bekommen. Die UmweltschützerInnen hatten gegen die Bescheide geklagt. Mit Erfolg! Am 22. 02.05 hatte ihnen das Verwaltungsgericht Schleswig auf ganzer Linie Recht gegeben. Der BGS hatte daraufhin Berufung eingelegt, die nun heute wiederum zurückgewiesen wurde.

In der Klage ging es auch um die besonders öffentlichkeitswirksame Betonblock-Aktion gegen den Atommüll-Transport nach Gorleben im März 2001, an der sich AktivistInnen von ROBIN WOOD und aus dem wendländischen Widerstand beteiligt hatten. Sie sollten zusammen 14.301,28 DM (7.312,12 Euro) für den Einsatz des BGS bezahlen.

Das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht stellte heute fest, dass es sich bei den Anketaktionen um

Versammlungen gehandelt hat, die durch Artikel 8 des Grundgesetzes geschützt sind. Die PolizistInnen hätten die Versammlungen zunächst ausdrücklich auflösen müssen, erst dann hätten sie die AktivistInnen aus dem Gleisbett holen dürfen. Dies war jedoch in keinem Fall geschehen. Der Schutz besteht auch für Versammlungen auf Bahngleisen, deren Betreten von vornherein eine Ordnungswidrigkeit darstellt. Und er gilt auch für Versammlungen, die bereits im Vorfeld verboten wurden.

„Das Gericht hat bestätigt, dass es keine demokratiefreien Zonen gibt. Auch Bahngleise sind nicht sakrosankt“, sagt Rechtsanwalt Dieter Magsam, der einen der Aktivistenvor Gericht vertrat. „Heute hat sich noch einmal gezeigt, wie großspurig die Stellungnahme des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily war, als er direkt nach den Aktionen den CASTOR-Gegnern drohte, sie müssten die Kosten für den Polizeieinsatz tragen.“

„Das heutige Urteil stärkt die Demonstrationsfreiheit“, urteilt Jürgen Sattari, Vorstandssprecher von ROBIN WOOD. „Demonstranten müssen darauf vertrauen können, dass sie vor Ort erfahren, ab wann eine Versammlung nicht mehr unter dem Schutz des Grundgesetzes steht. Im Nachhinein einfach die Rechnung zu präsentieren, funktioniert nicht.“

Weitere Infos: www.robinwood.de/prozesse
Ute Bertrand

Seerau/ Hitzacker sich für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 68 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zügigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinbrüche beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerrecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Wir wollen leben! – dieser Ruf der Schülerinnen und Schüler auf den November-Demonstrationen im vergangenen Jahr ist Überschrift geworden für die neue Castor - Doku 05.



Castor-Doku 05

Für viele der Atomkraftgegnerinnen scheint die nachfolgende Dokumentation inzwischen ein fester Bestandteil der Aktivitäten zu sein: wie nach jedem Transport hatten wir als Redaktion der anti atom aktuell dazu aufgefordert, Erlebtes und Erlittenes in Bild und Text für eine Broschüre zur Verfügung zu stellen; über viertausend Fotos sind daraufhin bei uns eingegangen, dazu ungezählte Berichte und Erzählungen, die wir zu einer gründlich recherchierten Übersicht der Ereignisse zusammengestellt haben.

Wir waren selbst erstaunt darüber, welche große Lücke klafft zwischen der ungebrochenen Lebendigkeit des Widerstands und der verhaltenen Resonanz in den Medien. Vieles von dem, was während der Castortage passiert, wird von Polizei und Presse verschwiegen und ausgeblendet und ist so zum Teil selbst für uns als Beteiligte nicht mehr sichtbar. In einigen Fällen müssen wir von einer regelrechten Nachrichtensperre durch die Polizei sprechen. Dem wollen wir mit unseren Nachforschungen etwas entgegen setzen und Bilder und Texte der Öffentlichkeit zugänglich machen, die zeigen, dass Menschen sich immer noch und immer wieder auf unterschiedlichste Weise, aber mit viel Mut und Energie gegen die Atomtechnologie zur Wehr setzen.

Nicht nur die spektakulären Aktionen, sondern die ganze Breite und Vielfalt des Widerstands darzustellen und festzuhalten ist das Ziel der Dokumentation. Neben Beton, Leichenwagen, Trecker- und Sitzblockaden, Schienenhopping und Gleisbremsschuhen geht es um viele unscheinbare, aber doch entscheidende Schritte von Protest und Widerstand. Im Mittelpunkt stehen die Menschen: was bewegt sie dazu, sich bei Wind und Wetter dem Atomtransport entgegen zu stellen und dabei auch der Polizei nicht aus dem Weg zu gehen? Was erleben sie dabei?

Auf 92 Seiten entsteht ein beredtes Bild von einer Bewegung, die, auch wenn sie bereits 29 Jahren Geschichte auf dem Buckel hat, ihre Jugendlichkeit stets neu wiederfindet. Die Broschüre ist bei der BI, im Buchhandel und in den Naturkostläden zu erhalten und kostet 6 Euro.

Der Castor in Göttingen

Der Umstand, dass es in Göttingen die ganze Nacht geregnet hatte, ist wahrscheinlich der Grund, warum insgesamt weniger Menschen nachtaktiv waren als im Vorjahr. Die AktivistInnen können aber dennoch relativ stolz sein.

Auch nach wissenschaftlicher Untersuchung aller Umstände ist es kaum erklärbar, wie zwei Personengruppen ausgerechnet in Göttingen Nord an die Gleise gelangen konnten, wo die Bullen offenbar ganz besonders dicht gedrängt standen. Fast alle einschlägigen Schleichwege waren bewacht, es patrouillierten übrigens auch Zivil-Fahrradstreifen. Das Schlupfloch war in diesem Jahr das nicht eingezäunte Gelände eines Autohauses an den Schienen, wo rund ein Dutzend CastorGegnerInnen die Besetzung zweier Mannschaftswagen auf dem falschen Fuß erwischte. Leider waren in der Nähe auch auf den Gleisen Bullen postiert und konnten die Menschenblockade schnell beenden. Allerdings waren einige Personen entwichen und mussten noch längere Zeit im Gleisbereich gesucht werden. Der Castorzug hatte zu dieser Zeit gerade Göttingen erreicht und musste im Bahnhof halten, bis die Leute geräumt worden waren. Bei der Polizei waren Warnhinweise auf eine Menschenblockade eingegangen.

Zeitgleich hatten sich rund 20 Personen mit Transparenten auf dem Uni-Campus, in der Nähe des Bahnhofs, versammelt. Schon ihre Anwesenheit dort brachte den Bullenapparat zum Rotieren. Als sich der kleine Mob dann in Bewegung setzte, stürzten sich die Hundert-

schaften auf ihn und hielten ihn solange fest, wie der Castor im Bahnhof stand. Oder hielten vielmehr die 20 Leutchen die Hundertschaften solange fest, wie diese eigentlich in Weende gebraucht worden wären?

Nachdem die Strecke gerade wieder freigegeben werden sollte, da durfte der Castor auch schon wieder halten. Denn nur paar hundert Meter weiter nördlich von der ersten Blockade kündigte ein bengalisches Feuer an, dass auch dort Menschen an der Schiene waren. Als die Einsatzkräfte an der Stelle ankamen, waren die Menschen wieder weg. Der Ort wurde noch stundenlang nach Spuren untersucht. Einige Personen, die an verschiedenen Stellen aufgegriffen wurden (z.T. auch weit entfernt von den Gleisen), erhielten zu Weihnachten Drohbriefe wegen angeblichem "gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr". Das perfekte Timing der zwei Mini-Blockaden hat den Castor insgesamt immerhin 30 Minuten (von 1Uhr42 bis 2Uhr13) in Göttingen aufgehalten. Weniger von den Medien beachtet wurde dieses Jahr, dass es auch Widerstand in Nordhessen gab. Bei Fulda, Bebra und Witzenhausen wurden Mahnwachen abgehalten. Erst Tage später wurde bestätigt, dass es einen Anschlag auf die Oberleitung nördlich von Kassel gab. Die Strecke Kassel-Göttingen war laut Zeitungsberichten 3 Stunden beidseitig gesperrt, konnte aber bis zur Durchfahrt des Castors rechtzeitig repariert werden.

AntiAtomPlenum Göttingen
www.puk.de/aapgoe/

Majak - Leuchtfeuer des nuklearen Wahnsinns

Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki gaben seinerzeit das Startsignal für das sowjetische Atomprogramm und damit für den Bau der größten Atomanlage der Welt: Majak - das übersetzt "Leuchtturm" bedeutet - steht für mehr als ein halbes Jahrhundert atomaren Wahnsinns.

Und auch nachdem die Anlage im Jahre 2003 die so genannte "Produktion" eingestellt hat, scheint es eine Fortsetzung der Geschichte zu geben, denn man hat eine neue gewinnbringende Verwendung für das ca. 1.000qkm große verseuchte Areal gefunden: Endlager für internationalen nuklearen Abfall.

Das Chemiekombinat Majak - lange Zeit Hauptproduktionsstätte für atomwaffenfähiges Plutonium in der Sowjetunion - liegt zwischen den Städten Tscheljabinsk und Jekaterinburg, am Ufer des Kyzyltash-Sees auf der asiatischen Seite des Ural, ca. 1.700 Kilometer östlich von Moskau. Etwa 17.000 Menschen arbeiten auf dem riesigen Areal, auf dem sich eine Wiederaufarbeitungsanlage, sieben Reaktoren und ein Lager für radioaktive Abfälle befinden. Die Arbeiter und deren Familien leben in einer geschlossenen Stadt: Tscheljabinsk-40, welche

jetzt Ozyorsk heißt und ca. 85.000 Einwohner beherbergt. Diese "geschlossenen Städte" - es gab in der ehemaligen Sowjetunion mehrere - waren Städte oder Gebiete der Rüstungsindustrie, in denen strengste Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen galten. Sie waren auf keiner Karte verzeichnet und bekamen ihren Namen meist von der nächstgelegenen großen Stadt, ergänzt mit einer Zahl, welche die ungefähre Entfernung zu dieser angab. Jeder der Bewohner braucht einen speziellen Ausweis, um die Stadt betreten oder verlassen zu dürfen. Und noch heute gleicht Ozyorsk einer Festung: Meterhohe Zäune, schwere Stahltore, strengste Bewachung. So sehr die sowjetische Führung um die Sicherheit und Geheimhaltung der Anlage bemüht war, so wenig gab sie auf Sicherheitsvorschriften im Umgang mit radioaktivem Material. Während der Betriebszeit der Anlage wurden große Mengen an Radioaktivität durch Unfälle, aber durchaus auch gezielt freigesetzt.

Zwischen 1949 und 1951 wurde der gesamte anfallende Abfall an flüssigen radioaktiven Stoffen der Plutoniumproduktion in den nahe gelegenen Fluss Tetscha, wenige Kilometer von seiner Quelle, eingeleitet. Das Kühlwasser für die Reaktoren wurde aus dem Fluss direkt durch den Reaktor-

kern geleitet und danach hochkontaminiert in den Fluss zurück gegeben, obwohl er Trinkwasserquelle für 120.000 Bewohner der Region ist. Die Bewohner der Dörfer an den Flussufern waren hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt, wurden jedoch nicht über die Gefahren durch den Gebrauch des Wassers aufgeklärt.

Nachdem 1951 der sowjetischen Regierung in einem Bericht das Ausmaß der Verstrahlung mitgeteilt wurde, verringerte man die Menge der eingeleiteten Abfälle. Mittel- und schwach-radioaktive Stoffe wurden dennoch bis 1956 noch auf diese Weise beseitigt. Es wird geschätzt, dass allein auf diesem Weg ca. 2,7 Millionen Curie Betastrahlende Materie in den Fluss gelangte. Davon lagerten sich ca. 99 Prozent auf den ersten 35 km flussabwärts ab. Mit der Evakuierung der ersten Dörfer wurde erst Jahre später begonnen. Es wurden dabei bis 1960 ca. 7.500 Menschen aus 22 Dörfern umgesiedelt. Doch auf dem kontaminierten Gebiet spielen noch heute Kinder an den Ufern des Flusses.

Die Kyschtym Katastrophe

29. September 1957: In der Wiederaufbereitungsanlage, in der Plutonium für den Bau von Atomwaffen gewonnen wurde, kommt es zu einem der schwersten Nuklearunfälle der Geschichte. Dort wurden Brennstäbe in Salpetersäure gelöst und so das darin enthaltene Plutonium auf chemischem Wege extrahiert. Dabei verblieb eine Flüssigkeit, in der eine ganze Reihe von langlebigen Radionukliden in sehr hohen Konzentrationen gelöst waren, welche in großen Tanks mit ca. 250 Kubikmeter zwischengelagert wurden. Die Tanks mussten mit Hilfe von Wasserleitungen, welche sich im Inneren eines jeden Tanks entlang zogen, gekühlt werden, da beim radioaktiven Zerfall der Nuklide eine enorme Wärme entstand und sich die Lösung sehr stark erhitzte. 1956 wurde innerhalb eines der Tanks dieses Leitungssystem undicht und deshalb abgesperrt.

Im folgenden Jahr bemühte man sich eher halbherzig darum, Möglichkeiten für Reparaturmaßnahmen zu finden. So begannen durch die Hitze die flüssigen Abfälle zu trocknen und es sammelten sich Acetate sowie hochexplosive Nitratsalze - ähnlich jenen, die auch in Sprengstoffen verwendet werden - an der inneren Wandung des Tanks. Vermutlich durch einen Funken, den ein Kontrollgerät im Tank erzeugte, wurden dann im September 1957 die Salze zur Explosion gebracht. Die Detonation war so gewaltig, dass Trümmerstücke noch in über zwei Kilometer Entfernung gefunden wurden. Experten vergleichen sie mit der Kraft von 70 bis 100 Tonnen TNT. Dabei wurden große Mengen an radioaktiven Material, zumeist Strontium-90 und Caesium-137 - ganz ähnlich wie in Tschernobyl - in die Umwelt freigesetzt. Zeugen berichteten, dass noch hunderte Kilometer entfernt ein leuchtender Schein zu sehen war. Sowjetische Zeitungen erklärten dies mit Wetterleuchten und Nordlichtern.

Zum Glück ging der größte Teil der radioaktiven Substanzen nach Schätzungen in "relativer" Umgebung der Anlage nieder und nur ein kleinerer Teil wurde mit dem Wind in nördliche und nordöstliche Richtung getrieben, so dass der Fallout auf den Ural begrenzt blieb. Ca. 18 Millionen Curie verseuchten den Erdboden der Umgebung, ca. 2 Millionen Curie wurden durch eine radioaktive Wolke auf eine Fläche von über 15.000 Quadratkilometern verteilt. Tausende Menschen aus der Umgebung mussten unfrei-

willig an den Entseuchungsarbeiten teilnehmen - unzählige Menschen starben dabei.

Ca. 10 000 Einwohner mussten insgesamt evakuiert und umgesiedelt werden. Dieses geschah jedoch teilweise erst eineinhalb Jahre nach dem Unglück. Durch die örtliche Begrenzung des Fallouts schlugen Messgeräte in Europa nicht Alarm und so erfuhr man im Westen erst viele Jahre später, was nahe der Stadt Kyshtym passierte. Der eiserne Vorhang und der Kalte Krieg sorgten für strikte Geheimhaltung. Erst 1976 berichtete ein aus der Sowjetunion emigrierter Wissenschaftler über die Katastrophe. Jedoch hielten viele seine sehr dramatischen Schilderungen des Vorfalles für Phantasterei.

Die Geheimdienste jedoch haben mit höchster Wahrscheinlichkeit schon lange vorher Kenntnis von der Katastrophe gehabt, denn um die betroffenen Region von ca. 1000 qkm wurde kurz nach dem Unglück ein gewaltiges System aus Kanälen und Dämmen errichtet, welche die



Ausbreitung der kontaminierten Stoffe eindämmen sollte. Dies ist auf Bildern von Spionagesatelliten deutlich zu erkennen. Und dieses Gebiet wurde im Hinblick darauf, dass es eines der wichtigsten Industriezentren der UdSSR im Bereich der Atomkraft war, ziemlich sicher sorgfältig vom Westen aus beobachtet.

1967 ereignete sich eine weitere Katastrophe, deren Auswirkungen uns vermutlich noch bevorstehen: Die Austrocknung des Sees Karatschai. Seit 1951 wurden in den See Karatschai hochradioaktiver flüssiger Müll eingeleitet. Durch eine Dürreperiode trocknete der See 1967 teilweise aus. Bereiche des kontaminierten Seebodens wurden freigelegt und mit bis zu 600 Curie beladener Staub, welcher hauptsächlich die Spaltprodukte Strontium-90 und Caesium-137 enthielt, wurde durch Wind auf eine Fläche von 1.800 bis 2.700 Quadratkilometern verteilt. Als Gegenmaßnahme wurden weitere Teile des Sees zugeschüttet. Doch die Verklappung der Abfälle wurde nicht eingestellt. In den 80er Jahren begann man mit dem Bau schneller Brüder, in denen das radioaktive Wasser mit Hilfe von Ionentauschern gereinigt werden soll. Jedoch fehlten die finanziellen Mittel, um die Reaktoren fertig zu stellen. So hat sich unter dem heute noch 13 Hektar großen Karatschai-See im Laufe der Jahrzehnte eine "Linse" mit radioaktiven Salzen gebildet. Diese bewegt sich nun mit ca. 80 Metern jährlich in Richtung regionaler Grundwasserströme. Durch die Flüsse Ob und Tetscha könnten die Reste der strahlenden Abfälle dann bis ins Eismeer gelangen. Die Folgen wären nicht absehbar.

Offiziell informierte die Sowjetunion erst 32 Jahre später - im Juli 1989 - durch das nach der Tschernobyl-Katastrophe entstandene Ministerium für Atomenergie, die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) über die Vor-

gänge in Majak. Man kann wohl davon ausgehen, dass dies nur ein Teil der Wahrheit ist. Der offizielle Bericht des Ministeriums für Atomenergie beziffert zwei Millionen Curie ausgetretener radioaktiver Substanzen. Unabhängige Wissenschaftler dagegen halten 120 Millionen Curie an radioaktiven Substanzen allein in Hinblick auf den Inhalt des explodierten Tanks für angemessener. In Tschernobyl z.B. gelangten dagegen "nur" ca. 20 Millionen Curie in die Umwelt.

Ebenso wird im Bericht erwähnt, dass auch 30 Jahre nach der Kyschtym Katastrophe keinerlei erhöhte Raten an Krebs, Leukämie, genetischen Veränderungen oder anderen Krankheiten unter den Betroffenen aufgetreten seien, was in Anbetracht dessen, dass viele dieser Menschen erst anderthalb Jahre nach der Katastrophe umgesiedelt wurden, höchst unwahrscheinlich klingt.

Genauere Informationen könnte jedoch das Projekt "Southern Urals Radiation Risk Research (SOUL)" <http://www0.gsf.de/neu/Aktuelles/Presse/2005/SOUL.php> bringen: 2005 begannen Wissenschaftler aus Deutschland, England, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Schweden und Russland beim GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit in Neuherberg bei München mit den Vorarbeiten des vierjährigen Projektes. Mit diesem Projekt, das von der Europäischen Kommission mit 6,8 Millionen Euro gefördert wird, sollen neue Erkenntnisse zum Gesundheitsrisiko durch andauernde Strahlenexpositionen gewonnen werden, welche man bis jetzt nur aus den Daten der Atombombenüberlebenden von Hiroshima und Nagasaki erhielt.

Untersucht werden 20.000 Arbeiter von Majak. Erste Ergebnisse zeigten bei ihnen erhöhte Mortalitätsraten durch soliden Krebs und Leukämien, insbesondere in Leber, Lunge und Knochen. Weiterhin werden auch 29.000 Anwohner des Flusses Tetscha innerhalb dieses Projektes untersucht, deren Eltern strahlenexponiert waren oder die im Mutterleib bzw. während ihrer Kindheit exponiert wurden. Mit dem 1. Januar 2003 wurde der Betrieb in Majak eingestellt. Ein Sprecher der russischen Atomaufsichtsbehörde Gosatomnadsor teilte mit: "Majak habe aufgrund von Verstößen gegen Naturschutzgesetze keine neue Lizenz zur Einleitung radioaktiver Abfälle in die Flüsse und Seen der Umgebung erhalten." Aus diesem Grund sei, nach Angaben des Unternehmens, die Wiederaufbereitungsanlage arbeitsunfähig. Das Naturschutzgesetz scheinbar überhaupt Verklappung radioaktiven Mülls erlauben, klingt ohnehin nach einem schlechten Scherz.

Doch dahinter verbirgt sich ein politischer Schachzug, denn das Atomministerium selbst hat die Aufkündigung der Majak-Lizenz sanktioniert: Die offizielle Politik Russlands unterstützt die Wiederaufbereitung und den Plutoniumgewinn. Doch in Zeiten der Abrüstung ist Plutonium nicht mehr so gefragt. Durch die Lagerung von Atom Müll aus dem Ausland - deren Importe sind seit 2002 legal - verspricht sich die russische Atomlobby hohe Gewinne. Doch die USA, welche etwa 80 Prozent aller atomaren Abfälle auf der Welt kontrollieren, verweigern deren Verkauf nach Russland, solange dort Plutonium daraus gewonnen wird. Somit scheint der Weg frei für die Zukunft des nuklearen Wahnsinns in Majak.

Wohin mit französischem Atommüll?

15 Jahre sind seit dem ersten französischen Atomgesetz vergangen, das neue ist in diesem Jahr geplant und noch immer gibt es keine wirkliche Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen in Sachen Energiepolitik und vor allem zum wachsenden Problem des Atommülls.

Ende Januar ging die vom fr. Industrieministerium in Auftrag gegebene Öffentlichkeitsdebatte nach 4 Monaten mit ihrer Schlussveranstaltung in Lyon zu Ende. Die angeblich unabhängig arbeitende, vom fr. Staat mit knappen Mitteln ausgestattete Kommission (CNDP) organisierte in 14 Städten der 3 Regionen, die am stärksten von der Atommüllproblematik betroffen sind (La Hague, Bure, Marcoule) und in Paris Diskussions- und Informationsveranstaltungen im Rahmen der in diesem Jahr anstehenden Entscheidung zur zukünftigen Behandlung der nuklearen Abfälle. Fazit des Leiters der CNDP: Es bestehen in der Bevölkerung starke Bedenken gegen eine Tiefen-Endlagerung. Es sollte die oberflächennahe Lagerung des Atommülls geben, mit der Möglichkeit, schadhafte Behälter auszutauschen. Immer wieder tauchte die Forderung einer größeren Transparenz der Industrie und Politik auf, einhergehend mit dem Wunsch nach stärkerer Öffentlichkeitsbeteiligung an den Entscheidungen.

Das Ding hat Schule, denn das war die erste von 3 Öffentlichkeitsanhörungen, die beiden anderen finden zur Zeit noch statt in der Normandie zum Bau des EPR und der damit verbundenen Errichtung einer neuen Hochspannungstrasse. Das französische Netzwerk für den Atomausstieg „Reseau „Sortir du Nucleaire“, die Bürgerinitiativen gegen Endlagervorhaben im Land, Coordination Nationale contre l'Enfouissement des Dechets Nucleaire, Greenpeace und andere Umweltorganisationen hatten ihren Boykott dieser Scheindebatte erklärt, nachdem in Vorgesprächen Anfang September eigene Forderungen nach einer zeitlich offenen Debatte, ausgestattet mit ausreichenden finanziellen Mitteln, durchgeführt in ganz Frankreich und mit obligater Beteiligung der regional zuständigen Volksvertreter abgelehnt worden waren.

Ich fasse im folgenden die wichtigsten Kritikpunkte der Anti-Atom-Initiativen zusammen: Noch bevor es zu einer offenen Auseinandersetzung über die bisherige Energie-, bzw. Atompolitik und einer klaren Konsensentscheidung kommen kann, werden seit Anfang 2005 die Weichen gestellt für ein Fortfahren in der bisherigen Richtung. Der im letzten Sommer parlamentarisch beschlossene Neubau eines Reaktors EPR in Frankreich, macht jede anschließende Öffentlichkeitsbeteiligung am Verfahren, die ja im Prinzip willkommengeheßen und seit 50 Jahren gefordert wird, zur reinen Farce, sie führt den demokratischen Staat ad absurdum.

Bereits im März 2005 bereiteten die mit einer Studie zu den Ergebnissen der bisherigen Forschung beauftragten Deputierten Ch. Bataille (auf den die erste gesetzliche Regelung 1991 zurückgeht! Oh du objektive Wissenschaft) und C. Birraux den Abgeordneten den Weg für die neuerliche Entscheidung im Sommer 2006, als sie ihren Bericht in Paris auf einer Konferenz abgaben mit dem Ergebnis, die Tiefenendlagerung sei das in Europa angestrebte Modell zur Be-

handlung der hochradioaktiven Abfälle und dass am bisherigen Forschungsprogramm festgehalten werden solle, da es sich in idealer Weise gegenseitig ergänze. Es gibt hier eine Aufteilung in die 3 sogenannten Achsen: Zwischenlagerung, Endlagerung und Transmutation, was heißt: Umwandlung in weniger langlebige Spaltstoffe z.B. durch Schnelle Brüter.

Die im Reseau SdN vertretenen Gruppen vertreten demgegenüber die Position: Es gibt keine „Lösung“ für die hoch- oder niedrigradioaktiven Altlasten. Bevor man sich über denkbare Formen der Lagerung einigt, muss zunächst die Sackgasse der bisherigen Politik eingestanden und die weitere Produktion von Atommüll gestoppt werden.

Also Stopp der Atomindustrie!

Des weiteren wird die bisherige Praxis bei der Auflistung angefallener und noch zu erwartender Abfälle. Hier hat besonders Greenpeace im Dezember letzten Jahres einen ersten Erfolg nach langjährigem Rechtsstreit gehabt. Es wurde höchstrichterlich festgestellt, dass nicht nur die



von Staat und Industrie deklarierten Abfälle als solche anzusehen seien, sondern auch die ohne konkrete Bestimmung lagernden Mengen von abgereichertem oder aus der WAA stammendem Uran, die von Seiten der Betreiber bislang als „Wertstoffe“ oder noch aufzuarbeitende Stoffe deklariert sind. Australischer Atommüll, darum ging es in diesem Urteil, der seit langer Zeit auf fr. Boden lagerte, muss unverzüglich unter Androhung hoher Geldstrafen für die Betreiberfirma von La Hague COGEMA, zurückgeschickt werden. Somit verliert laut Greenpeace Atommüll seinen Sonderstatus und wird den Umweltgesetzen unterstellt. Mit dem anstehenden Gesetz, so wird befürchtet, könnte allerdings eine Legalisierung dieser skandalösen Praxis erfolgen, denn der zuständige Industrieminister Loos, stellte eine Beruhigung der Lage nach der neuen Regelung in Aussicht.

Die lückenlose Offenlegung der wirklichen Mengenangaben war auch eine der Forderungen gewesen, die am Ende der Öffentlichkeitsdebatte genannt wurden.

Als „Secret defense“, Militärgheimnis“ behandelte Informationen über Atomtransporte, Akw's, Lagerung von radioaktiven Stoffen etc. müssen unverzüglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Denn nur so kann ein reales Bild des Gefahrenpotential entstehen. Das Gesetz zur „Transparenz“, das seit langem ange-

kündigt wird, ist angesichts einer sich selbst kontrollierenden Atomindustrie, die mit Rücken- deckung der zuständigen staatlichen Behörden ihre eigenen Gutachten erstellt und aus deren Feder Vorschläge für das neue Gesetz kommen, in sein Gegenteil verkehrt.

Es ist eine Illusion, auf Umwandlung langlebiger hochradioaktiver Stoffe zu setzen und grünes Licht für weitere Forschungsgelder zu geben. Alle bislang verglasten Abfälle sind rein technisch gesehen nicht wieder auszupacken. Eine eingestandenermaßen erst in 40 Jahren zu erwartende Technik kann also nur dazu herhalten, das bestehende nukleare Energieprogramm fortzuschreiben und negiert die Unlösbarkeit des Problems. Die Anti-Atomgruppen protestieren gegen eine Neuauflage der Schnellen Brüter Technologie, die von Seiten des CEA (Atombehörde, die u.a. für die Neuentwicklung von Reaktoren zuständig ist) nach der Neujahrsansprache Chiracs, in der er die Entwicklung der 4. Reaktorgeneration ankündigte, auf den Plan gebracht worden war.

Die Endlagerung von Atommüll in Bure, als einzigem Standort für Frankreich und sogar darüber hinaus als europäisches Endlager angekündigt, ist eine tickende Zeitbombe. Denn es kann als sicher gelten, dass in absehbarer Zeit die Radionuklide mit dem Grundwasser an die Oberfläche gespült werden. Obwohl es für den seit '99 erkundeten Standort noch keine Ergebnisse der „Forschung“ gibt, die Abteufarbeiten wurden gerade mal abgeschlossen, hagelt es seit Sommer 2005 nur so von Abschlussdossiers, Pressecommuniqués der staatlichen Betreiberfirma ANDRA und Einladungen an Medien und Politiker, sich vor Ort von der Machbarkeit der Langzeitlagerung überzeugen zu lassen.

Die Forderung lokaler PolitikerInnen und GegnerInnen des Endlagers, ein Referendum zu dieser Frage in der Region durchzuführen, wird demgegenüber bislang von den beiden Nachbardepartements Haut-Marne und Meuse abgelehnt. Obwohl im letzten halben Jahr an die 50.000 Unterschriften für eine Volksbefragung gesammelt worden sind, das sind weit mehr als 10% der Bevölkerung, und noch gesammelt werden, verweigern die Landräte das Ansinnen mit dem Argument, ein solches nationales Projekt könne nicht durch die Region entschieden werden!

Am 20. Mai sollen in Chaumont bei einer Demonstration die Unterschriftenlisten bei der Regionalregierung abgegeben werden.

Ich denke so weit ist erst mal klar geworden, dass wir hier in Gorleben mit denen in Bure und generell in Frankreich in einem Boot sitzen. Die Ankündigung Sanders, so schnell wie möglich ein Endlagerkonzept für Deutschland vorstellen zu wollen, bewegt sich im ähnlichen Zeitrahmen, wie die Entscheidungen in Paris.

Bei der Demonstration in Cherbourg präsent zu sein und zum deutsch-französischen Gemeinschaftsprojekt EPR ein klares „Nein“ zum Ausdruck zu bringen, wird deutlich machen, dass wir über den regionalen und nationalen Tellerrand hinausschauen können und den Ausstieg aus der Atompolitik als europäisches und weltweites Problem erfassen müssen.

Peter Desai

Pfusch am AKW-Bau

Für den Reaktor im finnischen Olkiluoto wurde poröser Beton verwendet. Ausgetauscht wird der allerdings nicht.

Beim Neubau des finnischen Atomkraftwerkes Olkiluoto wurde gepfuscht. Nach Medienberichten vom Wochenende wurde eine minderwertige Betonqualität verbaut. Dies sei der Grund, warum die Betonierungsarbeiten beim AKW-Neubau Mitte Januar außerplanmäßig abgebrochen worden waren und seither stillstehen, wird Projektchef Martin Landtman zitiert. Auch ohne diese Probleme dauerte der Bau schon bisher ein halbes Jahr länger als ursprünglich geplant. Trotzdem hofft das Baukonsortium Framatome-Siemens, ihn fristgerecht im Jahr 2009 abschließen zu können.

Laut Landtman beruhen die Qualitätsprobleme auf einer fehlerhaften Betonmischung, die den Beton zu porös gemacht habe. Dieser könne nun zu viel Feuchtigkeit an sich binden. Eine Gefahr für die künftige Sicherheit oder Standfestigkeit des AKW soll das angeblich nicht darstellen. Deshalb werde man den für das Fundament bereits verbauten minderwertigen Beton auch nicht wieder entfernen, sondern versuchen, dem Feuchtigkeitsproblem mit zusätzlichen Dampfsperren zu begegnen.

Bisher sind 40.000 der für den Bau geplanten 250.000 Kubikmeter Beton gegossen worden. Dass man erst jetzt auf die fehlerhafte

Betonmischung aufmerksam wurde, sieht der Bauherr Teollisuuden Voima (TVO) nicht als ein Problem der Qualitätssicherung an. Vielmehr sprechen die Ereignisse dafür, dass diese funktionieren.

AKW-Kritiker hatten von Anfang an Bedenken geäußert, ob der Discount-Festpreis, zu dem Finnland sein fünftes AKW bekommt, nicht zulasten der Qualität gingen. Der jetzt bekannt gewordene Betonpfusch ist nicht unbedingt dazu angetan, diese Bedenken zu zerstreuen. Die Atomindustrie war so sehr daran interessiert, ein Referenzobjekt des weltweit ersten Prototypen der Reaktorgeneration EPR vorweisen zu können, dass man TVO versprach, einen 1.600-Megawatt-Reaktor für einen angesichts der tatsächlichen Baukosten unrealistischen Sonderpreis von 3 Milliarden Euro zu liefern.

Der britische Atomsicherheitsexperte John Large hatte in einem Rapport deshalb auch die Sicherheit der geplanten Konstruktion grundsätzlich in Frage gestellt. Die Baugenehmigung sei aufgrund des politischen und wirtschaftlichen Drucks innerhalb von 13 Monaten durchgepeitscht worden, obwohl vergleichbare Genehmigungsverfahren sonst sieben bis acht Jahre in Anspruch genommen hätten.

Reinhard Wolff

Anti-Atom-Alarm in Ostfriesland

Niederlande erwägen Dollart als AKW-Standort

Die Niederlande diskutieren Standorte für ein neues Atomkraftwerk - auch nahe der deutschen Grenze.

Bei seinem Amtsantritt im Mai 2003 gab sich Pieter van Geel noch als Gegner der Atomkraft. Jetzt fordert der für Energie zuständige Staatssekretär im niederländischen Umweltministerium nicht nur den Weiterbetrieb des einzigen verbliebenen AKW des Landes in Borssele, er verlangt den Bau eines neuen Meilers. Der müsse innerhalb von fünf bis zehn Jahre erfolgen, um die Energieversorgung sicherzustellen, sagte van Geel vergangenen Woche in einem TV-Interview. Er bezeichnete Atomkraft als die einzige Möglichkeit, den CO₂-Ausstoß zu vermindern und die Luftqualität zu verbessern.

Der in Leer erscheinenden »Ostfriesen-Zeitung« zufolge hat van Geel auch schon mögliche Standorte für das neue AKW ins Gespräch gebracht. In Frage kommen demnach die Umgebung von Rotterdam, Seeland sowie Eemshaven am Dollart, das in direkter Nachbarschaft zu Ostfriesland liegt.

Von einem AKW am Dollart wäre Deutschland als Anrainer unmittelbar betroffen. »Die Frage, was die Bundesrepublik dann unternimmt, stellt sich derzeit doch noch gar nicht«, versucht Michael Schroeren, der Sprecher des Bundesumweltministeriums, zu beruhigen. Er habe zwar Kenntnis davon genommen, dass in den Niederlanden die

»Option Kernenergie« wieder diskutiert werde. Von konkreten Bauvorhaben oder gar Standorten wisse er bislang nichts, erklärte Schroeren auf Anfrage.

»Wenn es irgendwann doch in eine konkrete Phase gehen sollte, dann greift das Europäische Recht«, sagte Schroeren weiter. Und dieses schreibe, wie im Falle des tschechischen Meilers Temelin ja auch geschehen, bei Atomkraftwerken eine grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung ebenso vor wie eine internationale Umweltverträglichkeitsprüfung.

Doch die Worte van Geels abzutun, wäre falsch. Auch Minister wie Laurens Jan Brinkhorst (Wirtschaft) und Bernhard Bot (Äußeres) plädieren dafür, das AKW in Borssele nicht, wie vorgesehen, 2013 zu schließen. Das AKW mit einer Leistung von knapp 500 Megawatt deckt rund vier Prozent des niederländischen Energiebedarfs. Unklar ist, ob das mögliche neue AKW ein »Europäischer Druckwasserreaktor« (EPR) werden soll. Diese angeblich neuartige Baulinie wird von einem französisch-deutschen Firmenkonsortium entwickelt – mit Siemens Beteiligung. Prototypen sollen im französischen Flamanville und im finnischen Olkiluoto entstehen. In Wahrheit ist die größte Neuerung nur eine Art Keramikwanne unter dem Reaktor. Sie soll bei einem »Super-Gau« das Durchschmelzen des Kerns verhindern.

Reimar Paul

Am 26. April 1986 war die Explosion in Tschernobyl, die Katastrophe dauert immer noch an: Wir wünschen uns Plakate in allen Dörfern

TSCHERNOBYL²⁰

Informationsabende von und mit der Gornelhilfe: „Leben mit und nach der Katastrophe in Weißrussland“

Montag, 24.4.06 um 19.30 Uhr im Mehrgenerationenhaus in Dannenberg

Dienstag, 25.4.06 um 19.30 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus in Lüchow

Mittwoch, 26.4.06 um 19.30 Uhr im Haus der Begegnung in Gorleben

Donnerstag, 27.4.06 um 19.30 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus in Hitzacker

Freitag, 28.4.06 um 19.30 Uhr im Kulturladen in Clenze

Mittwoch, 26.04.06, Auf dem Marktplatz in Lüchow: 10 – 17 Uhr: Informationsstand und russische Suppe von der Gornelhilfe

15 Uhr: Luftballons in die Welt. Dies ist eine Einladung an alle Kinder und Erwachsene einen Luftballon mit ganz persönlicher Karte loszuschicken, dazu gibt es Kaffee, Kuchen und Saft. Der Erlös geht an die Gornelhilfe

18 Uhr: Gedenkgottesdienst an den Kreuzen in Gorleben

Samstag, 29. 04.06, ab 15 Uhr im Gildehaus in Lüchow: Ausstellung zu „Leben mit und nach der Katastrophe in Weißrussland“

Ausstellung zu „Solarwärme und erneuerbare Energien“, Bustour und offene Türen zu guten Beispielen am Tag der erneuerbaren Energien Vom Wendenenergie e.V.

Disco: Der Erlös soll Kindern in der Region helfen. Im Tagungshaus in Laase: 17 Uhr: Vortrag mit Prof. Wassilij Borisowitsch Nesterenko, Minsk, Weißrußland. Preisträger des Bremer Friedenspreises 2005

Sonntag, 30. 04.06, 14 Uhr: Gottesdienst an den Kreuzen in Gorleben

Donnerstag 27. April – Sonntag 30. April 2006 Der Kulturverein Platenlaase zeigt den Film: „Die Wolke“, ein realistisches Szenario eines möglichen Atomunfalls in Deutschland.

UnterstützerInnen: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg, Gornelhilfe, Wendenenergie, Widersetzen und andere

Anzeige

Text:
Bettina Dannheim,
Regine Richter
10 Ex. 5 €,
100 Ex. 30 €
Bestelladresse :
Robin Wood
Postf 102122
28021 Bremen
info@robin-wood.de

Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz!

Argumente gegen die PR der Atomlobby



ROBIN WOOD

ausgestrahlt

März

15.3. 14 Uhr Verbändetreffen „Tschernobyl 20“ in Berlin beim BUND
 16.3. 10 Uhr mündl. Verhandlung Allg. Verfügung. 04 Verwaltungsgericht Lg
 21.3. 10 Uhr mündl. Verhandlung Allg. Verfügung. 01 Lammers Landgericht LG
 25.3. 15 Uhr Mitgliederversammlung „Bauernstuben“ Trebel

April

2.4. 14 Uhr Widerstandstreffen in Mützingen (Schwerpunkt Thema Endlager)
 2.4. 14 Uhr UAA-Sonntagsspaziergang Gronau, anschl. D-NL Anti-Urenco-Treffen
 3.-5.4. Internationaler Kongreß „20 Jahre nach Tschernobyl“, Gesellschaft für Strahlenschutz e.V., Charité Berlin
 7.-9.4.06 Internationaler Kongreß IPPNW „20 Jahre Tschernobyl“ in Bonn und Bad Godesberg
www.tschernobylkongress.de
 13.4.19 Uhr Busfahrt nach Cherbourg, Abfahrt Gildehausparkplatz Lüchow
 15./16.4.06 Anti-EPR-Rally Cherbourg
www.stop-epr.org
 22.4.06 grenzüberschreitende Demonstration von Gronau nach Almelo „20 Jahre Tschernobyl – Uranindustrie stoppen“
 20 Jahre Tschernobyl – siehe Anzeige
 26.4. 20 Jahre Tschernobyl alle Veranstaltungen unter
www.friedenskooperative.de oder www.info-tschernobyl06.de
 29.4. Tschernobyl-Demo in Ahaus

Mai

16.-18.5. Jahrestagung Kerntechnik 2006 in Aachen www.datf.de
 25.5.-5.6. KLP, Kulturelle Landpartie
 28.5. 11 Uhr Veranstaltung Gorleben-Archiv in Gedelitz „Geschichten am Frühstückstisch, Zeitzeugen berichten“

Wiederkehrende monatliche Termine

Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
 Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
 Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
 Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge in Rossendorf/Dresden
 Jeden 6. eines Monats ab 14:00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

T a g d e r E r n e u e r b a r e n E n e r g i e n

Zum traurigen 20. Geburtstag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl wird auch das Thema "Energie & Klimaschutz" wieder mehr im Vordergrund stehen. Die Berichte zu den Folgen der Atomenergie werden ergänzt durch Infos über den Ausweg aus einer katastrophalen Energiepolitik. Die großen Umweltverbände und die Fachverbände der neuen Energie-Industrie sind dabei starke Partner mit internationaler Wirkung.

Der WendenEnergie e.V. will diese Chance nutzen, um die Themen in der Region voranzubringen. Unser Landkreis hat die Potentiale, Energie im Überfluss aus lokalen Quellen zu schöpfen - sie müssen nur genutzt werden.

Zum bundesweiten "Tag der Erneuerbaren Energien" am 29. April gibt es von 10-14 Uhr Bustouren zu interessanten Projekten und Besichtigungen bei Privatleuten und Firmen zu

Solarwärme, Solarstrom, Holz/Biomasse, Biogas und Windenergie.

Gemeinsam mit BI und Gornelhilfe wird ab 15 Uhr im Lüchower Gildehaus zu den Folgen der Katastrophe in Tschernobyl und den Möglichkeiten für die 100%ige Versorgung aus Erneuerbaren Energien informiert. Zur KLP gibt es dann am Wochenende 27./28. Mai eine "Solare Landpartie" - Infopunkte zu den Erneuerbaren Energien werden per Bus angefahren und interessante Projekte können besichtigt werden. Unterstützt werden die Aktionen u.a. vom Bundesverband Solarwirtschaft und dem BUND. Mehr Infos wird es in der Tagespresse geben und natürlich auf der Website www.wendenenergie.de.

Kontakt: christian.lutz@wendenenergie.de, Tel.: 058 41-97 95 73

Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
 Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
 Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
 Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow,
 Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 25851335, Konto: 2060721
 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: Horst Eckert, Wolfram Taubitz, Francis Althoff
 Bildmaterial: Archiv, aaa redaktion,
 Mitarbeit: P. Dickel, F. Althoff, U. Bertrand, AntiAtomPlenum
 Göttingen, Redaktion@Ask1.org, P. Desoi, R. Wolff, R. Paul, C. Lutz.

Auflage: 1000

BI Büro: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow
 Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197, bi-luechow@t-online.de,
www.bi-luechow-dannenberg.de
 Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di und Do 15 - 18 Uhr

NEIN zum EPR-Reaktor

JA zu alternativen

Auf nach Cherbourg!
Am 15. und 16. April
 (Osterwochenende)

20 Jahre nach Tschernobyl Großdemo gegen die Renaissance der Atomkraft:
 Foren, Konzerte, Aufführungen, Theater...

Internationale Demo, Samstag den 15. April
 14:00 - Kai (quai) Lawton Collins in Cherbourg (Normandie, Frankreich)

Info und Mitfahrgelegenheiten: www.stop-epr.org Tel. 00 33 2 33 88 09 06